

Daniel Ristau

## „... und vor allen Dingen zu klein“<sup>1</sup> – Pläne zum Bau einer neuen Synagoge in Dresden

Die in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Dresden thematisierten auch die alte Dresdner Synagoge mehrfach, die 1840 geweiht und in der Pogromnacht 1938 zerstört wurde.<sup>2</sup> Dennoch fällt auf, dass die Geschichte des jüdischen Gotteshauses aufgrund der schwierigen Quellenlage insbesondere für den Zeitraum nach dem Abschluss der Emanzipation in Sachsen (1868) bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 nur in wenigen Veröffentlichungen Niederschlag gefunden hat.

Überlegungen und Planungen für den Bau einer neuen Synagoge zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind bisher in keiner Arbeit behandelt worden. Vielmehr wurden die diesbezüglich in den Quellen wahrgenommenen Hinweise meist im Zusammenhang mit einem An- beziehungsweise Erweiterungsbau interpretiert.<sup>3</sup> Gestützt wurde diese Annahme auch dadurch, dass noch 1935 von den verbliebenen Geldern des ursprünglichen Synagogenneubaufonds ein Anbau an die Semper-Synagoge errichtet wurde.

Der Gemeinderat sah sich vor allem aus drei Gründen zur Vorbereitung eines Synagogenneubaus veranlasst:

- 1.) Nach dem Abschluss der Emanzipation war die Gemeinde vor allem aufgrund des Zuzugs osteuropäischer Juden ständig gewachsen. Lebten 1867 gerade einmal 870 Juden in Dresden, war ihre Zahl bis 1890 bereits auf 2.595 angestiegen. Vor allem an den hohen jüdischen Feiertagen erwies sich die Synagoge als zu klein. Nachdem 1890 alle Möglichkeiten ausgeschöpft waren, zusätzlichen Raum in der Synagoge zu gewinnen, sah sich der Gemeinderat gezwungen, an den hohen Feiertagen einen zweiten Gottesdienst in einem gemieteten Saal einzurichten.<sup>4</sup> Durch den Bau einer neuen großen Synagoge sollte dem Platzmangel begegnet werden.
- 2.) Auch in baulicher Hinsicht brachte die alte Synagoge zunehmend Probleme mit sich. Gottfried Semper hatte aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde verschiedene Elemente des Baus leichter ausführen müssen, als er ursprünglich geplant hatte. Bereits wenige Jahre nach der Weihe des Gebäudes waren aufgrund ungünstiger Kräfteverhältnisse bedenkliche Risse aufgetreten. Die Gemeinde sah sich ab Ende der 1870er Jahre mehrfach gezwungen, kostenintensive Baumaßnahmen zur Sicherung von Substanz und Statik des Gebäudes sowie zur Sicherheit der Gottesdienstbesucher durchzuführen. Immer wieder versuchte die Gemeindeleitung, Beschwerden der Gottesdienstbesucher über Zugluft und mangelnde Beheizung nachzugehen und Abhilfe zu schaffen.<sup>5</sup> Um die dadurch entstehenden Kosten decken zu können, richtete der Gemeinderat 1894 einen Synagogenrenovationsfonds ein, in den jährlich festgelegte Beiträge aus dem laufenden Haushalt einfließen.

3.) „Von unserem heutigen Standpunkte aus mag uns, den an ganz andere Verhältnisse Gewöhnten, die im Aeußeren jetzt unscheinbar gewordene Synagoge nicht zureichend [...] erscheinen.“<sup>6</sup> Mit diesen Worten charakterisierte der Vorsteher der jüdischen Gemeinde Emil Lehmann 1890 das Erscheinungsbild des Dresdner Gotteshauses. Trotz eines neuen Außenputzes von 1896 hatte die Synagoge auch aufgrund der in ihrem Umfeld vollzogenen Bebauung viel an ihrer äußeren Wirkung verloren, während in anderen deutschen Städten moderne, monumentale Synagogenneubauten entstanden.

Der Wunsch nach dem Bau einer neuen Synagoge war bei einzelnen Gemeindegliedern schon früher zum Ausdruck gebracht worden. Am 24. Mai 1893 verstarb die vermögende Witwe des Gemeindevorstehers Wilhelm Schie, Henriette Schie. Bereits zu ihren Lebzeiten ließ sie der Gemeinde große Summen für wohltätige Zwecke zukommen. Außerdem hatte sie 180.000 Reichsmark in die Hände des Kommerzienrates und Bankiers Joseph Bondi „als Spende für die Gemeinde [...] zum Grundstock für einen Synagogenneubau“<sup>7</sup> gegeben. Als dieses Geld Ende 1893 an die Gemeinde überging, war es durch Zinsen schon auf 246.000 Reichsmark angewachsen. Der Gemeinderat übernahm das gespendete Kapital zunächst in einen Synagogenneubaufonds und beschloss 1897, es in sicheren Hypotheken zinsbar anzulegen, um so die Kapitalsumme für einen möglichen Neubau weiter zu erhöhen.<sup>8</sup> Nachdem im Sommer 1905 erneut Baumaßnahmen an der Kuppel durchgeführt werden mussten, fasste der Gemeinderat den Entschluss, „Vorarbeiten zur Errichtung einer neuen Synagoge vornehmen zu lassen.“<sup>9</sup> Der Synagogenneubaufonds hatte Ende 1905 die Höhe von 384.282,50 Reichsmark erreicht. Bereits im Dezember 1903 hatte die Gemeinde ihr Grundstück durch den Erwerb des unter Zwangsversteigerung stehenden Hauses Zeughausstraße 1 in günstiger Weise arrondieren können. Kauf und Wiederherstellung zum Zwecke der vorläufigen Vermietung beliefen sich auf 137.000 Reichsmark, die aus dem zu diesem Zeitpunkt immer noch separat verwalteten Synagogenneubaufonds entnommen worden waren. Diese Gelder sollten aber unter allen Umständen in den Fonds zurückgezahlt werden, auch, „wenn das Grundstück nicht zum Zweck eines Synagogenneubaus verwendet“<sup>10</sup> werden sollte. Zusammen mit dem eigentlichen Synagogengrundstück und dem bereits 1872 erworbenen Gemeindehaus Zeughausstraße 2<sup>11</sup> verfügte die Gemeinde nunmehr über ein großes zusammenhängendes Grundstücksareal, das durchaus für einen Synagogenneubau geeignet schien. 1906 beauftragte der Gemeinderat den Architekten Professor Karl Bruno Seitler mit weiteren Vorarbeiten „über die Ausnützungsmöglichkeiten des Terrains“<sup>12</sup>. Seitler legte am 17. April 1907 mehrere Entwürfe vor, die verschiedene Lösungen für die Anlegung der zu planenden neuen Synagoge vorsahen. In den folgenden Jahren scheint das Synagogenneubauprojekt nur wenig Aufmerksamkeit erfahren zu haben. Der Gemeinderat betonte 1909 lediglich, dass die Angelegenheit „fortgesetzt im Auge behalten“<sup>13</sup> werde.

Schließlich wurden die Gelder des Synagogenrenovationsfonds Ende 1910 in ein „Konto zur Vorbereitung des Synagogenneubaus“ überführt, in das ab 1911 2.000 und ab 1912 3.000 Reichsmark jährlich aus dem Gemeindehaushalt flossen. Der Synagogenneubaufonds war bis Ende 1911 auf mehr als 470.000 Reichsmark angewachsen.<sup>14</sup>

Der Gemeinderat trat mit dem Rat der Stadt Dresden über den Erwerb des 690 Quadratmeter großen städtischen Flurstücks 979 am Hasenberg in Verhandlungen, das zur Abrundung des zukünftigen Bauareals erworben werden sollte. Den Protokollen zu den Stadtverordnetensitzungen von Anfang 1913 ist zu entnehmen, dass die Gemeinde den Neubau eines Synagogengebäudes plane, „da das jetzige nicht mehr den Anforderungen der Neuzeit entspreche und vor allen Dingen zu klein sei.“<sup>15</sup> Sie beabsichtige, „unter den deutschen Architekten einen Wettbewerb zu veranstalten und auch den Rat zu ersuchen, sich im Preisgerichte vertreten zu lassen“<sup>16</sup>. Der Neubau solle in solcher Weise architektonisch und künstlerisch ausgeführt werden, dass er sich in das Stadtbild gut einpasse. Unter der Bedingung, dass der Abriss der alten und der Bau der neuen Synagoge bis 1920 abgeschlossen sei, das Grundstück auch zu keinem anderen Zweck verwendet werde, stimmten Stadtrat, Stadtverordnete und das Ministerium des Kultus dem Verkauf für nur 65.000 Reichsmark zu. Die Stadt behielt sich für den Fall der Nichterfüllung der Vertragsbedingungen ein Rückkaufrecht vor.<sup>17</sup>

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhinderte ein weiteres Fortschreiten der Planungen. Zwar wies der Gemeinderat noch 1915 darauf hin, dass aufgrund des in absehbarer Zeit beginnenden Synagogenneubaus „beim Ankauf von Betplätzen in der Synagoge mit deren begrenzter Benutzungsdauer zu rechnen“<sup>18</sup> sei. Allerdings verhinderten infolge des Krieges von den Behörden erlassene Verordnungen im zunehmenden Maße private und öffentliche Bautätigkeit, um den kriegsbedingten Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften nicht noch weiter zu verschärfen. Der Synagogenneubaufonds wuchs bis Ende 1916 auf mehr als 550.000 Reichsmark. Das Konto zur Vorbereitung des Synagogenbaus konnte auf knapp 19.000 Reichsmark aufgestockt werden. Da offensichtlich war, dass der Neubau einer Synagoge nicht bis 1920 abgeschlossen werden konnte, sah sich der Gemeinderat im Januar 1918 genötigt, mit dem Stadtrat wegen einer einvernehmlichen Änderung des 1913 abgeschlossenen Kaufvertrags zu verhandeln. Weil der Krieg die Bautätigkeit unterbrochen habe und damit auch der Synagogenbau 1914 kurz vor der Inangriffnahme „hinter wichtigere durch die Not der Zeit an uns herangekommene Aufgaben zurücktreten“<sup>19</sup> musste, bat der Gemeinderat um die Verlängerung der Frist für die Fertigstellung des Neubaus bis Ende des Jahres 1927. Die Stadt stimmte schließlich einer Vertragsänderung zu. Die Ausführung sollte bis Ende 1925 abgeschlossen werden.

Zu diesem Neubau kam es allerdings nie. 1926 erklärte die Gemeinde in einem Schreiben an den Stadtrat, mit dem man wegen des 1913 erworbenen Flurstücks in Verhandlungen stand: „An den Neubau einer Synagoge dürfen wir aber in absehbarer Zeit nicht denken, einmal weil der vorwiegend in Wertpapieren angelegte Fonds zum Neubau einer Synagoge der Inflation zum Opfer gefallen ist, dann aber auch, weil wir unsern Gemeindegliedern angesichts der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Verzinsung und Tilgung von Baukapital durch Steuern nicht aufbürden könnten.“<sup>20</sup>

Von den verbliebenen Geldern des Synagogenneubaufonds wurde schließlich 1935 ein Anbau an die Synagoge errichtet, der zu Ehren der Stifterin „Henriette-Schie-Saal“ genannt wurde.<sup>21</sup>

#### **Zum Autoren:**

Daniel Ristau, geb. 1980, M.A. Technische Universität Dresden

- <sup>1</sup> Protokoll der Geheimen Sitzung der Stadtverordneten am 27. Februar 1913 (SA Dresden Protokolle der Stadtverordnetensitzungen, 1913).
- <sup>2</sup> Laudel, Heidrun: Der Bau der Synagoge in Dresden (1838-1840) – ein Werk Gottfried Sempers, in: einst & jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde. Hg.: Jüdische Gemeinde zu Dresden, Landeshauptstadt Dresden. Dresden 2001, S. 16-35; Goldenbogen, Nora: Die Dresdner Synagoge. Geschichte und Geschichten. Potsdam 2004; Lässig, Simone: Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert. Göttingen 2004.
- <sup>3</sup> Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Dresden. Darmstadt 1973, S. 151.
- <sup>4</sup> Verwaltungsbericht und Jahresrechnung der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden auf das Jahr 1890 [= VBJR], S. 6.
- <sup>5</sup> Vgl. VBJR 1879, S. 6-8; VBJG 1882, S. 5; VBJR 1891, S. 4; VBJR 1900, S. 6f.
- <sup>6</sup> Lehmann, Emil: Ein Halbjahrhundert in der israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden, in: Emil Lehmann: Gesammelte Schriften, herausg. im Verein mit seinen Kindern von einem Kreise seiner Freunde. Berlin 1899, S. 197.
- <sup>7</sup> VBJR 1893, S. 5; Israelitische Religionsgemeinde Dresden: Stiftungen in der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden. Dresden 1902, S. 16.
- <sup>8</sup> VBJR 1893, S. 5; VBJR 1897, S. 9.
- <sup>9</sup> VBJR 1905, S. 9.
- <sup>10</sup> VBJR 1903, S. 8.
- <sup>11</sup> VBJR 1872, S. 9; SA Dresden Stadtsteueramt, S 259.
- <sup>12</sup> VBJR 1906, S. 5.
- <sup>13</sup> VBJR 1909, S. 6. Vgl. VBJR 1907, S. 6; VBJR 1908, S. 7.
- <sup>14</sup> VBJR 1911; VBJR 1912.
- <sup>15</sup> Protokoll der Geheimen Sitzung der Stadtverordneten am 27. Februar 1913 (SA Dresden Protokolle der Stadtverordnetensitzungen, 1913).
- <sup>16</sup> Protokoll der Geheimen Sitzung der Stadtverordneten am 27. Februar 1913 (SA Dresden Protokolle der Stadtverordnetensitzungen, 1913).
- <sup>17</sup> HStA Dresden 11125 Ministerium für Volksbildung 11149/3; VBJR 1912, S. 6; VBJR 1913, S. 6.
- <sup>18</sup> VBJR 1914, S. 10; VBJR 1915, S. 10.
- <sup>19</sup> SA Dresden Finanzamt I 43; HStA Dresden 11125 Ministerium für Volksbildung, Nr. 11149/3.
- <sup>20</sup> SA Dresden Finanzamt I 43.
- <sup>21</sup> Vgl. Grün, Walter: Ein Anbau an unsere Synagoge, in: Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden vom 15.06.1938, S. 2.